Abonnementspreis
vierteljährlich der täglichen Unterhaltungsbeilage „Welt - Wissen - Kunst", sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließlich Bringerlohn 80 Pf. Durch die Reichs-Post bezogen pro Vierteljahr M. 2,25. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 3 M., für das übrige Ausland 7 M. pro Vierteljahr.

Redaktion
Zwingerstraße 21, 2 Tr.
Sprechstunde
nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Telephon: Nr. 3455.

Telegramm-Adresse:
„Arbeiterzeitung Dresden."

Sächsische Arbeiter-Zeitung

Organ zur Wahrung der Interessen der Arbeiterklasse.

Inserate
werden die 4 gespaltene Petitzeile oder deren Raum mit 25 Pf. berechnet und bei wiederholt tausendfacher Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 20 Pf. Inserate müssen bis spätestens halb 10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen.

Expedition:
Zwingerstraße 21, part.
Geschäftsstunden von morgens 8 bis abends 7 Uhr.
Telephon: Nr. 1783.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.

Nr. 98. | Dresden, Montag den 29. April 1907. | 18. Jahrg.

Im politischen Sumpf.

-th- Wien, 26. April.

Wer von dem allgemeinen und gleichen Wahlrecht eine Belebung und Erneuerung des politischen Wesens im deutschen, tschechischen und polnischen Bürgertum Oesterreichs erwartete, der hat dieses Bürgertum offenkundig überschätzt. Es ist mit der Ziellosigkeit und Sinnlosigkeit all der durcheinanderwirbelnden halben Gedanken und halben Bestrebungen nicht ärger geworden, was wohl gar nicht mehr möglich wäre, allein, gewiß auch nicht besser; alles ist kleinlich, dürftig, zusammenhanglos, ideenarm, wie es war. Man zeihe uns keiner Uebertreibung, vielmehr liegt der Fall so, daß ein Nichtösterreicher den Grad des Elends gar nicht ermessen kann. Vor allem entbehrt der Wahlkampf jeder Einheitlichkeit, jedes Zusammenhanges und darum auch jeder Größe. Dieses Oesterreich, nach außen eine Einheit, ist bloß ein staatsrechtlicher Begriff, allenfalls eine steuer- und polizeitechnische Wirklichkeit, aber nach dem politischen Sein und Denken des Volkes zerfällt es zunächst in so viel vollkommen getrennte Stücke, als Völker vorhanden sind. Und eins berührt das andere kaum. Es gibt ein paar Wahlkreise, wo Tschechen oder Slowenen mit Deutschen sich reiben, und die Polen werden sich auch diesmal bemühen, den armen Ruthenen von ihrem kargen Anteil an Macht einiges zu entreißen. Aber Galizien ist eine Welt für sich, dem übrigen Oesterreich fern und fremd, von ihm durch die Unverständlichkeit der Sprachen und den Kulturunterschied eines halben oder ganzen Jahrhunderts geschieden, und was die Berührungen der Deutschen und Slawen im Westen betrifft, so bilden sie die Ausnahme: der nationale Gegensatz kommt bei den Wahlen nicht zur Geltung. Die inneren Parteibildungen der Slawen auch des Westens gehen hinwiederum den Deutschen wenig an. Eines kennt er sie nicht genauer, weiß über ihre intimeren Gegensätze und Berührungen nichts zu sagen, denn die öffentliche Meinung der Tschechen, Slowenen und Kroaten existiert für ihn nicht, weil er die Zeitungen nicht lesen kann. Und dann bilden im Abgeordnetenhause die andern Nationen in der Regel einen Block. Sie treten meist wie ein Mann auf; wie sie ihre häuslichen Zwistigkeiten erledigen, darüber läßt man sich allenfalls berichten, aber es regt begreiflicherweise niemand sehr auf.

Nun sollte man meinen, daß mindestens die Deutschösterreicher als ein Volk von neun Millionen eine um so größere Einheitlichkeit zeigen würden. Ihre Parteiverschiedenheiten sind tiefer, ausgesprochener und wenigstens in dem Gegensatz zwischen Klerikalen und Nichtklerikalen auch außerhalb der Nation für das Ganze des Staates von einiger (jedoch abnehmender) Bedeutung. Allein, in Wirklichkeit bilden auch die Deutschen keinen gemeinsamen Schauplatz des politischen Lebens. Was in Wien parteibildend wirkt, hat selbst für die Alpenländer nicht mehr die volle Kraft, und die Sudetenländer zeigen eine völlig andere Gruppierung. In gleicher Weise und mit gleicher Art durchdringt alle Gebiete nur die Sozialdemokratie. Bei solcher Lage der Dinge versteht es sich von selbst, daß die Parteipolitik des Bürgertums des tieferen Ernstes entbehrt und des Verantwortlichkeitsgefühls, das nur die Vertretung größerer Schichten gewährt. Schon der äußere Verlauf der Wahlbewegung läßt das erkennen. In der Zeit des niedergehenden Kurienparlaments pflegten die Wiener jeden Fremden, der sich in dieser etwas langweiligen, etwas spießbürgerlichen, mit schwachem Nachtleben gesegneten Stadt nach einem Vergnügungslokal umsah, auf das Abgeordnetenhaus hinzuweisen als auf das lustigste Tingeltangel, wo alle Tage die neuesten, kräftigsten Zoten, die dekolletiertesten Hofgeschichten und die drolligsten Schimpfereien auf die Bühne kamen. Jetzt müßte man den Wißbegierigen in die Wählerversammlungen führen, in denen es allerdings weit ehrbarer zugeht, die aber einen um so ergiebigeren Boden des unfreiwilligen Humors darstellen. Recht heiter sind schon die christlich-sozialen Versammlungen. Da taucht jeden lieben Tag, den Gott schenkt, ein neuer „Gewerbetreibender" auf, der sich gegen die jetzigen Inhaber vom Pachte der Mandate auflehnt und die erlustigendsten zünftlerischen Schnurrpfeifereien vorbringt. Die christlich-soziale Saat „der Rettung des kleinen Mannes" treibt nun die wunderbarsten Tollhausblüten. Aber es ist doch alles nur ein schwacher Abglanz der Harlekinaden, die im liberalen Lager aufgeführt werden. Für den Wiener Freisinn war das gleiche Wahlrecht eine große Gelegenheit. Die Regierung hat ihm vier bis fünf Wahlkreise sehr bequem hergerichtet, es lag an ihm, tüchtige Männer auszuwählen, die auch außerhalb Wiens etwas bedeuten und an die Spitze der liberalen Partei des Reiches treten könnten. Aber leider — es gibt keine Liberalen in Wien. Es gibt ein paar Komitees überalterter Ehrgeizlinge und eine jüdische Bevölkerung von 160 000 Köpfen, die nicht christlichsozial wählen kann. In dieser aber beginnen sich nun rein jüdische Tendenzen durchzusetzen — wogegen nichts einzuwenden wäre, wären sie echt und ernst. Allein, daß der Zionismus — im Osten so begreiflich, wenn auch durch seinen Haß gegen die jüdischen sozialdemokratischen Arbeiter am stärksten charakterisiert — in Wien zur leeren Spielerei herabsinken muß, daß ferner eine Kandidatur des jüdischen Kultusvorstands, die sich gegen den hochverdienten halbsozialistischen Dr. Ofner wendet, weil dieser, obwohl selbst Jude, den Leitern der Kultusgemeinde zu „wenig jüdisch" ist (oder vielleicht Herrn Achtsid zu wenig bürgerlich ... daß dies alles im Verein mit Versammlungen, wo die einzelnen jüdischen Fraktionen handgemein werden und Tyrnau im Stile der Budapester Jargontingeltangel führen wird, muß nicht erst ausführlich dargelegt werden.

Wer Trost sucht, kann ihn darin finden, daß auch der Antisemitismus tot, mausetot ist. Die Christlichsozialen selbst reden am liebsten nichts mehr von Juden und jüdischem Großkapital. Das, wodurch sie groß geworden sind, müssen sie jetzt aufgeben: die Judenhetze in Oesterreich zieht nicht mehr. Aber auch den christlichen Sozialismus haben sie zum Teufel geschickt. Kaum daß ein oder der andere Redner noch versucht, Arbeiterfreundlichkeit zu heucheln, was doch einst das Hauptgeschäft war. Es fehlen durchaus die Gläubigen. Das Proletariat ist um die Fahnen der Sozialdemokratie versammelt, und soweit man noch bei den Wahlen auf Arbeiter rechnen kann, sind es die von der Stadt abhängigen, welche von Werkmeistern und Aufsehern geführt, und mit den von diesen ausgefüllten Stimmzetteln zur Urne gehen. Um die braucht man nicht erst zu werben, die treibt man mit der Hungerpeitsche vorwärts. So zeigt auch die christlichsoziale Partei deutliche Züge des Verfallens, allein äußerlich wird es nur wenig in Erscheinung treten. Mag das innere Band gelockert sein, die Wähler haben nirgends hin abzufallen, weil die Liberalen denn doch gar zu lächerlich sind und zu den Sozialdemokraten der Weg durch die Klassenmauer verrammelt ist. Sie können sich auch der Stimmenabgabe nicht enthalten, daran hindert sie die Wahlpflicht. Und so gehen die Dinge ihren trägen und schläfrigen Gang. Manchen Christlichsozialen wird denn auch schon bange. Das Experiment, in das Reichshaus zu dringen, ist nicht sehr geglückt: in den Alpen weniger, als man erwartet hatte, in den Sudetenländern haben sich die Ausfendlinge der Wiener Partei in einzelnen Städten schöne Körbe geholt. Man spürt es eben doch überall, daß der alte Zauberer Lueger nicht mehr seine unfehlbaren Künste spielen lassen kann. Und wie der tote Cid von den Seinen aufs Pferd gesetzt wurde, weil die Lebenden die Schlacht nicht gewinnen konnten, so riefen jetzt die Christlichsozialen ihren kranken Führer aus Italien heim. Es geht mit dem Herrn von Wien zu Ende, eine Stoffwechsel- und eine Nierenkrankheit haben ihn jetzt auch des Augenlichts beraubt; will man den Stück für Stück hinsterbenden Bürgermeister in Versammlungen schleppen? Es wäre eine schauerlich-grausame Komödie. Aber es könnte wohl sein, daß man ihn hauptsächlich deshalb hierher beruft, damit das Machtwort des Allgebietenden den inneren Zwist niederschlage. „Hoch Lueger!", mit diesem Ruf hat das Wiener Kleinbürgertum, haben die Bauern von Niederösterreich anderthalb Jahrzent Schlachten geschlagen und Siege erfochten. „Mein Programm ist Dr. Karl Lueger" pflegten die christlich-sozialen Kandidaten zu sagen, wenn sie sich ihren Wählern empfahlen. Aber Dr. Karl Lueger ist nur halb noch unter den Lebendigen, und vor seinen verdunkelten Augen bröckelt das Werk seiner Hände allmählich ab.

Sage nun keiner: Um so besser für die Sozialdemokratie. Im Sumpf kann man keine Häuser bauen. Es ist geradezu grauenerregend, wie zermürbt und faul nicht nur das bürgerliche Parteiwesen, wie führungslos und unempfindlich auch die Wählerschaft selbst ist. Die abgetakeltsten Lumpen des alten Abgeordnetenhauses bewerben sich mit guter Aussicht auf Erfolg wieder um Mandate. Dem verkommenen Grafen Sternberg, diesem Bordell- und Kognakaristokraten, der im Parlament buchstäblich Unzucht der Rede trieb, stellen die Jungtschechen keinen Kandidaten entgegen; er wird gewählt werden, obwohl er nicht einmal Wahlversammlungen abhält — vielleicht, weil dieser tschechische Patriot nicht genug tschechisch kann. Unter den Deutschen spielt der Alldeutsche Stein eine ähnliche Rolle. Doch haben, um ihn niederzuringen, die Sozialdemokraten einen ihrer stärksten Männer, den Genossen Schuhmeier, nach Böhmen ausgeschickt. Es ist buchstäblich so, daß das Bürgertum nicht mehr die sittliche Kraft besitzt, Leute von diesem Kaliber, die der allgemeinen Verachtung anheimgefallen sind, auszuscheiden. Zehn Jahre der fürchterlichsten Demagogie haben alle Stützen des politischen Denkens angefault. Und woher sollte die Erfrischung und Gesundung kommen? Kein großer Zug politischen Wollens ergreift die bürgerlichen Schichten, weil das vielsprachige Land die Politik im großen Stil, im Verhältnis zum Ganzen, die Politik zusammenhängender Anschauungen für bürgerliche Parteien kaum möglich macht. Nur die Sozialdemokratie vermag die Hindernisse zu überwinden, weil sie in den Interessen des arbeitenden Volkes die großen und gemeinsamen Aufgaben findet.

Die „Abwehr" des Dresdner Anzeigers.

Der Dresdner Anzeiger beschäftigt sich in seiner Nummer 116 mit den Ausführungen, die ich in der Stadtverordnetensitzung vom 18. April gegen dieses Blatt gemacht habe. Nach meiner Ansicht ist diese „Abwehr" nichts weiter als eine verlegene Vorbei- und Trumrumrederei gegen meine Behauptungen im Stadtparlament. Der Anzeiger beruft sich auf die „Rechtslage". Die Redakteure des Anzeigers seien völlig unabhängig, sie könnten schreiben und drucken lassen, was sie wollten. Ich habe meine Ausführungen nicht auf die „Rechtslage", sondern darauf gestützt, daß der Anzeiger von einer Stiftung herausgegeben wird, deren Zweck nach jeder Richtung ein gemeinnütziger für alle Dresdner Einwohner ist. Ich behaupte nach wie vor, daß die wüste Hetzerei gegen die Sozialdemokratie sich nicht mit den Zwecken der Gemeinstiftung und den Absichten des Stifters verträgt. Es ist mir übrigens nicht unbekannt, daß die nach dem formalen Recht bestehende Unabhängigkeit der Anzeiger-Redaktion Einflüsse dritter Personen nicht hindert. Ich frage den Dresdner Anzeiger: Hat der Oberbürgermeister und haben andere Personen noch nie entscheidend in redaktionelle Angelegenheiten hineingeredet? Der Anzeiger sagt:

„Der Dresdner Anzeiger soll alle politischen Parteien mit der gleichen Liebe behandeln und auch keine Ausnahme zugunsten derjenigen Parteien machen, die nach der Ueberzeugung der Redaktion vorwiegend gemeinschädliche Tendenzen verfolgen. Ein solches Maß von Objektivität läßt sich — das wird auch Herr Flinner zugeben müssen — auf die Dauer nicht beobachten, wenn nicht auf jegliche Kritik verzichtet werden soll."

Es ist mir nicht eingefallen, derartiges zu verlangen. Das muß auch der Anzeiger wissen, denn er stützt sich auf das amtliche Stenogramm. Danach habe ich aber ausgeführt:

„Ich als Zeitungsmensch bin gewiß nicht empfindlich und es liegt mir auch vollständig fern, mich etwa hier beschwerdeführend gegen den Anzeiger zu wenden. Aber die eigenartigen Verhältnisse, in denen sich das Amtsblatt den allgemeinen Dresdner Verhältnissen gegenüber befindet, erfordern zum mindesten, daß gerade dieses Blatt eine gewisse Objektivität in dem, was es tut und was es schreibt, beobachtet. Ich gehe nicht so weit, auch bei einem Amtsblatte nicht, zu verlangen, daß es sozialnegativ unparteiisch sein soll, denn ich bin der Meinung, eine unparteiische Presse kann es heutzutage im öffentlichen Leben überhaupt nicht geben. Es kommt darauf an, wie ein Standpunkt, der in der Zeitung vertreten werden soll, vertreten wird. . . . . Ich habe gar nichts dagegen, daß die Redaktion des Anzeigers eine Richtung, die ihr nicht gefällt, bekämpft bis aufs Messer, aber das kann in Formen geschehen, die nicht zu derartigen Kritiken Anlaß geben, wie ich sie heute vorbringen will."

Man vergleiche diese beiden Zitate. Der Anzeiger unterstellt mir etwas, von dem ich so ungefähr das Gegenteil gesagt habe, um dann auf Grund der falschen Darstellung zu polemisieren! — Das Amtsblatt bemängelt, daß ich „trotz eifrigen Suchens" nicht mehr und schlimmere Verstöße gegen die Objektivität feststellen „konnte". Das ist die pure Verlegenheitsrederei. Eines „eifrigen Suchens" bedurfte es zum Sammeln meines Materials nicht; beim „eifrigen Suchen" würde man allerdings noch viel mehr finden. Wenn dem Anzeiger die herausgegriffenen Fälle nicht genügen zu seiner Brandmarkung, so beweist das weiter nichts als eine beispiellose Dickfelligkeit, oder — was wahrscheinlicher ist — peinlichste Verlegenheit. Wenn das Amtsblatt aber will, es kann gelegentlich noch mehr bekommen. — Der Anzeiger weist den „Vorwurf der Verleumdung und Lüge mit allem Nachdruck zurück". Das ist recht schön gesagt. Ich habe aber keinen Grund, von meinen Behauptungen etwas zurückzunehmen; nach dieser „Abwehr" wirklich nicht. Der Anzeiger analysiert nun einige der Vorwürfe. Das gibt mir Gelegenheit, den Anzeiger auch an dieser Stelle zu charakterisieren.

1. Der Anzeiger hat die gegen die Sozialdemokratie gerichtete Aeußerung eines Berliner Gewerkschaftsorgans mit anarchistischen Tendenzen als die eines sozialdemokratischen Blattes in Düsseldorf ausgegeben. Die berichtigende Entgegnung der Sächsischen Arbeiter-Zeitung wurde vom Anzeiger nicht wörtlich, sondern nur manzelhaft dem Sinne nach wiedergegeben, und nur dann obendrein folgender Satz angehangen: „Wir können gegenwärtig nicht nachprüfen, ob dies richtig ist, halten es auch für belanglos (!), da die angeführte Aeußerung selbst nicht in Abrede gestellt wird." Dieser Satz hebt natürlich die sowieso recht zweideutige und unklare Berichtigung völlig auf. Es ist schwer, zu glauben, daß diese Art der Berichterstattung über angeblich sozialdemokratische Vorgänge nicht eine wohlberechnete Täuschung der Leser des Amtsblattes war! In seiner „Abwehr" hält mir der Anzeiger in diesem Falle nun entgegen:

„Fall Einigkeit. Der Wortlaut der Stelle aus der Einigkeit war von uns richtig wiedergegeben. Ob die Einigkeit in Düsseldorf oder in Berlin erscheint, ist unerheblich. Ob das Blatt sozialdemokratische oder anarchistische Tendenzen verfolgt, ist trotz der grundsätzlichen Verschiedenheit der Theorien in der Praxis nicht immer leicht zu entscheiden, zumal neuerdings in den sogenannten Anarchosozialisten gewissermaßen eine Personalunion zwischen beiden Richtungen hergestellt ist. Uebrigens haben wir, nachdem uns die Sächsische Arbeiter-Zeitung auf unseren Irrtum aufmerksam gemacht hatte, die betreffende Bemerkung dieses Blattes sofort abgedruckt."

Wörtlich „richtig wiedergegeben" bezw. „abgedruckt" hat, wie schon bemerkt, der Anzeiger die Richtigstellung nicht. Im übrigen ergibt sich aus dieser Entgegnung folgendes Verfahren des Anzeigers: Behauptungen gegen die Sozialdemokratie werden unbesehen und ungeprüft aufgenommen, Entgegnungen aber bekrittelt und bezweifelt, weil man nicht „nachprüfen" kann, ob sie richtig sind. Das ist eben jene infame Methode der Sozialdemokratiebekämpfung, die ich brandmarken wollte! Wenn es dem Anzeiger, „trotz der Verschiedenheit der Theorien" ganz gleich ist, ob ein Sozialdemokrat oder ein Anarchist über die Sozialdemokratie urteilt, so kann das wiederum weiter nichts sein als absichtliche Täuschung der Leser über Vorgänge in der Sozialdemokratie.

2. Der Anzeiger brachte vor der Stichwahl folgende Notiz:

„Die Sozialdemokratie hat, wie amtlich feststeht, in verschiedenen Wahlkreisen Stimmzettel gefälscht. Nach der Art und Weise ihres Vorgehens in Dresden und nach Nachrichten, die uns zugegangen sind, wird sie dasselbe Manöver auch hier versuchen."

Ich habe dem Blatte vorgehalten, daß nicht der Schatten eines Beweises für diese Behauptung erbracht wurde, daß im Gegenteil bürgerlichen Wahlkomitees in Preußen

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416950779-19070429/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG